

Stadt Hilden

## Niederschrift

**über die 8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am Donnerstag, 01.03.2012 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

### Vorsitz

Herr Hans-Werner Schneller    SPD

### stimmberechtigte Mitglieder gem § 4 Ila der Satzung für das Jugendamt

Frau Sabine Kittel	BA/CDf
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Frau Martina Reuter	FDP
Frau Gabriele Lewe	BA/CDf
Frau Anne Gronemeyer	Bündnis90/Die Grünen
Frau Angelica Niederquell	dUH

### Stimmberechtigte Mitglieder aus den Verbänden

Frau Gabriele Amthor	Kinderschutzbund
Herr Hans Delcuve	ev. Kinderheim e.V.
Frau Elisabeth Knebel	AWO
Frau Anne-Margarete Pütz	kath. Kirche
Herr Siegfried Wagner	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Carsten Wannhof	KJG

### Beratende Mitglieder

Frau Farah Ahdour	Jugendparlament
Herr Friedhelm Burchartz	Freie Liberale
Herr Jens-Peter Kröger	Amtsgericht Langenfeld
Frau Dagmar Potschien	Ferd.-Lieven-Schule
Frau Nina Pütter	ev. Kirche
Herr Karl-Heinz Rädisch	Helmholtz-Gymnasium

### Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke  
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete  
Herr Michael Witek  
Frau Noosha Aubel  
Herr Ulrich Brakemeier  
Herr Roman Kaltenpoth  
Herr Dirk Schatte  
Frau Birgit Schimang  
Herr Friedhelm Topp  
Frau Jugendhilfeplanerin Stefanie Walder  
Frau Kirsten Max

### Beiräte

Frau Helga Bruch                      Behindertenbeirat

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Neue Beihilferichtlinien im Bereich der Hilfen zur Erziehung WP 09-14 SV  
51/172
- 3 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung Zeitraum 2012 - WP 09-14 SV  
2015 51/182
- 4 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen /Schulhöfen im WP 09-14 SV  
Stadtgebiet 2012 66/098  
hier: Unterlage nach §14 GemHVO
- 5 Schutzhütte im Hildener Osten - Antrag der Fraktion FDP vom WP 09-14 SV  
24.11.2011- 51/181
- 6 Umverteilung von Mitteln für den Betrieb der städtischen Jugend- WP 09-14 SV  
einrichtungen zugunsten des SV Hilden Ost zum Betrieb des Ju- 51/180  
gendtreffs im Vereinsheim - Antrag der Fraktion FDP vom  
24.11.2011 -
- 7 Beratende Sitze im Jugendhilfeausschuss - Antrag des Jugend- WP 09-14 SV  
amtselternbeirates vom 17.01.2012 51/175
- 8 Haushaltsplanentwurf 2012 - Änderungsliste - WP 09-14 SV  
51/167
- 9 Änderung der Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von WP 09-14 SV  
Kostenbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kin- 51/176  
der - 1. Nachtrag
- 10 Änderung der Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von WP 09-14 SV  
Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tagespflege - 1. 51/177  
Nachtrag
- 11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

## **Eröffnung der Sitzung**

---

Herr Vorsitzender Schneller eröffnete die Sitzung und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest. Er teilte mit, dass für die Polizei ein neues beratendes Mitglied benannt worden sei. Er bat das neue Mitglied im Jugendhilfeausschuss, Herrn Kriminalhauptkommissar Werner Krohe, zu sich und verlas die folgende Verpflichtungsformel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde“. Dies erklärte Herr Krohe daraufhin mündlich und schriftlich zur Niederschrift.

## **Änderungen zur Tagesordnung**

---

Herr Dr. Lipski bat, den TOP 4 – Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen/Schulhöfen im Stadtgebiet 2012 - gemeinsam mit TOP 8 zu beraten, da die CDU-Fraktion dazu einen Antrag eingereicht hätte. Der Vorsitzende, Herr Schneller, machte darauf aufmerksam, dass unter TOP 4 nur die § 14-Unterlagen abgestimmt würden und man diesen Punkt deshalb dort belassen solle.

Weitere Änderungswünsche ergaben sich nicht.

## **Einwohnerfragestunde**

---

Zur Einwohnerfragestunde ergaben sich keine Wortmeldungen.

### **1 Befangenheitserklärungen**

---

Zu dem TOP 8, Änderungsliste, Antrag 34, Empfehlung des Gutachters, erklärte sich Herr Bosbach für befangen. Ebenfalls zum TOP 8 erklärte sich Frau Kittel für den Antrag der dUH (Antrag 33) für befangen.

### **2 Neue Beihilferichtlinien im Bereich der Hilfen zur Erziehung**

WP 09-14 SV  
51/172

Herr Wannhof erkundigte sich, ob es bereits Erfahrungswerte anderer Städte gäbe, wie und in welchem Umfang diese Richtlinien umgesetzt würden. Darüber hinaus bat er um Bestätigung, dass in allen Fällen der Richtlinien eine örtliche Zuständigkeit vorläge und die Beihilfen für Personen seien, die in Hilden wohnten und sie sich nicht auf durch andere Jugendämter untergebrachte Personen beziehe. Dies bestätigte Herr Schatte und führte aus, dass noch keine Erfahrungen umliegender Gemeinden vorlägen. In erster Linie gehe es darum, eine vergleichbare Gerechtigkeit herzustellen. Die Zielsetzung sei es, sich an diesen Richtlinien zu orientieren.

Herr Beigeordneter Gatzke sicherte zu, zu erfragen, welche Erfahrungen andere Städte mit der Umsetzung der Empfehlungen gemacht hätten.

Herr Delcuve erkundigte sich bezüglich der Absenkung der Bekleidungsausstattung, ob es die Möglichkeit gäbe, Sonderregelungen zu finden. Hierzu führte Herr Schatte aus, dass die Richtlinien so angelegt seien, dass in begründeten Einzelfällen von den Regelungen abgewichen werden könne.

Herr Wagner bat um Auskunft, ob es für die Beihilfe schadhaft sei, wenn die Erstausrüstung beispielsweise durch das Jobcenter bewilligt würde. Dies bestätigte Herr Schatte und führte aus, dass vorrangige Leistungen zu einer Einschränkung der Beihilfe führen würden.

Frau Niederquell führte aus, dass sie einen Sachstandsbericht nach einem Jahr sehr begrüßen würde. Dies sagte Herr Schatte zu.

### **Beschlussvorschlag:**

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Änderungen der Beihilferichtlinien für die Bereiche der Heimpflege und Vollzeitpflege in der vorliegenden Fassung.“

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

3	Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung Zeitraum 2012 - 2015	WP 09-14 SV 51/182
---	--	-----------------------

---

Frau Kittel merkte an, dass ihr genaue Zahlen fehlen würden, die den tatsächlichen Bedarf darstellten. Ihrer Ansicht nach schaffe das Angebot den Bedarf. Sie wolle gerne erfahren, für wie viele Kinder eine Betreuung tatsächlich notwendig sei. Hierzu verwies Herr Vorsitzender Schneller auf die Anlage 2 der Sitzungsvorlage, die eine konkrete Darstellung zeige.

Frau Gronemeyer unterstrich, dass man als familienfreundliche Stadt die Betreuung von Kindern fördern wolle und wies auf die zahlreichen bisher beschlossenen Maßnahmen wie beispielsweise den Familienbericht hin, die alle in diese Richtung deuteten. Eine Verknappung der Plätze würde Gegenteiliges bewirken. Sie wolle aber die Bildungsförderung von Kindern unterstützen. Herr Bosbach betonte, dass die SPD weiterhin den Pfad verfolgen wolle, eine kinderfreundliche Stadt zu sein. Es gäbe zukünftig einen Rechtsanspruch, deshalb müssten Plätze vorgehalten werden. Dem wolle man hier auch so zustimmen. Auch Herr Burchartz folgte dieser Argumentation.

Frau Kittel bemerkte, dass man hier unterstelle, dass Kinder, die von ihren Eltern betreut würden, keine Bildung erhielten. Sie sei der Meinung, dass bereits sehr viel für eine familienfreundliche Stadt getan werde.

Herr Beig. Gatzke erläuterte, dass es eine gesetzliche Grundlage gäbe, die dazu anhalten würde, entsprechend zu handeln. Der Gesetzgeber habe hier Bedarf gesehen und darauf reagiert. Im U 3-Bereich habe man derzeit ein sehr gutes Angebot im Vergleich zu anderen Städten. Damit sei man gut auf den Rechtsanspruch vorbereitet. Die Nachfrage sei aber immer noch größer als das Angebot. Auch im Ü 3-Bereich gäbe es einen gesetzlichen Anspruch. Es gäbe keine Kriterien oder Kategorien zur Verteilung der Plätze.

Frau Kittel erkundigte sich, inwieweit der Bedarf aufzusplitten sei. Frau Aubel führte hierzu aus, dass der Rechtsanspruch für alle Kinder gelte. Dies lasse sich nicht objektivieren. Der Bedarf wurde durch Abfragen bei den Eltern ermittelt, hier werde nicht unterschieden, ob die Eltern beispielsweise im Bezug von Leistungen stünden o. ä.

Herr Dr. Lipski sprach sich für zusätzliche Plätze aus, bat aber um Alternativlösungen bezüglich des Gebäudes und um Prüfung, ob es eine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit einem freien Träger gäbe. Bis zur Klärung dieser Fragen, bat er, die Sitzungsvorlage zu verschieben.

Herr Schneller wies darauf hin, dass hier § 14-Unterlagen erstellt würden. Die Anbringung eines HV6-Vermerkes würde bedeuten, dass die Mittel in diesem Ausschuss wieder freigegeben werden müssten.

Herr Gatzke führte ergänzend aus, dass, bevor die Verwaltung diesen Vorschlag unterbreitet hätte, alle Seiten umfassend geprüft worden seien. Für den Ü 3-Bereich habe man ein gutes Projekt vorgeschlagen, das nochmals konkretisiert werde und jetzt schon einmal Orientierung böte. Es handle sich um ein städtisches Gebäude, das bereits baugleich bestehe. Der Bedarf sei dort sehr gut zu realisieren.

Frau Lewe erkundigte sich, ob geplant sei, einen gemeinschaftlichen Kindergarten mit dem Holterhöfchen zu begründen. Herr Gatzke erläuterte hierzu, dass die Trägerschaft konkret festgelegt werde. Es sei eine Gruppe geplant, diese sei an eine bestimmte Personalausstattung gebunden, insofern würden sich keine Einsparungen durch eine Zusammenlegung ergeben. Durch die Einrichtung dieser Gruppe sei aber sicher eine Verbesserung der Zusammenarbeit gegeben.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Jugendhilfelausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss den Bericht zur Versorgungssituation und zum bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Kindergartenbedarfsplanung 2012 – 2015 in der vorliegenden Fassung.
2. Weiterhin werden investive Auszahlungen in Höhe von 360.000,- Euro für den Umbau des Wohnhauses „Am Holterhöfchen 36“ incl. der Außenanlagen zu einem Kindergarten und Mittel für Einrichtungsgegenstände in Höhe von 80.000,- € aufgenommen. 200.000,- Euro werden für das Haushaltsjahr 2012 bereitgestellt zzgl. einer Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 160.000,- Euro für den Umbau und in Höhe von 60.000,- für Einrichtungsgegenstände für das Haushaltsjahr 2013.

Die § 14-Unterlagen werden rechtzeitig erstellt und zur Beratung im Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt.

Zusätzlich wird ein HV6 (Freigabe Fachausschuss) angebracht.

Die im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 enthaltenen Aufwendungen für die Renovierung und Sanierung des Gebäudes in Höhe von 90.000,- Euro im Produkt 011301 „Gebäudeunterhaltung“ werden gestrichen.

Die entsprechenden Beträge werden in den Haushaltsplan 2012 aufgenommen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die begonnene Planung zur Schaffung von zusätzlichen Kindergartenplätzen für die Altersgruppe über 3 Jahre im Bereich Holterhöfchen fortzusetzen und die konkreten Ergebnisse einschließlich der finanziellen Auswirkungen im nächsten Jugendhilfeausschuss zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung (dUH)

4	Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen /Schulhöfen im Stadtgebiet 2012 hier: Unterlage nach §14 GemHVO	WP 09-14 SV 66/098
---	--	-----------------------

---

Ohne weitere Aussprache wurde dem Beschlussvorschlag mit folgender Stimmaufteilung mehrheitlich zugestimmt:

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Lieferung und Montage fehlender bzw. defekter Spielgeräte auf den Spielplätzen und Schulhöfen sowie Kindergärten im Stadtgebiet Hilden gemäß der Aufstellung des Tiefbau- und Grünflächenamtes und stimmt den vorgelegten §14GemHVO-Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 83.995,00€ (Schulhöfe und Kindergärten) und 139.930,00€ (Spielplätze) zu. (In den Beträgen sind die aktivierten Eigenleistungen enthalten!)

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme (CDU)

5	Schutzhütte im Hildener Osten - Antrag der Fraktion FDP vom 24.11.2011-	WP 09-14 SV 51/181
---	---	-----------------------

---

Frau Reuter wies noch einmal darauf hin, dass der Antrag aus einer Nachbesprechung mit Jugendlichen aus dem Hildener Osten resultiere und die Seitenwände als Wetterschutz benötigt würden. Sie erkundigte sich danach, wie viele Jugendliche bei den Gesprächsrunden der Verwaltung anwesend gewesen seien. Frau Aubel teilte mit, dass ca. 20 Jugendliche anwesend gewesen wären.

Frau Reuter erkundigte sich außerdem nach den angefragten Müllbehältern, da diese nicht aufgeführt seien. Herr Beig. Gatzke teilte hierzu mit, dass diese in der Summe enthalten seien.

Herr Burchartz bat, diesen Antrag zurückzuziehen. Die jetzige Ausstattung würde von allen angenommen werden, er empfahl keine zusätzlichen Seitenwände anzubringen.

Herr Wannhof wies darauf hin, dass eine Jugendhütte keine Jugendarbeit sei. Er gab Herrn Burchartz Recht, dass durch die offenen Seitenwänden eine gewisse soziale Kontrolle bestehe. Durch die geschlossenen Wände würde es vermutlich schneller zu Verunreinigungen kommen. Bezüglich der Anbringung einer Entsorgungsmöglichkeit für Asche machte er deutlich, dass Jugendliche unter 18 Jahren nicht rauchen dürften und sie deshalb nicht durch die Anbringung eines entsprechenden Müllbehälters suggeriert bekommen dürften, dass Rauchen erlaubt sei.

**Antragstext:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung in den Fachausschüssen die Schutzhütte im Hildener Osten nach Absprache mit den Jugendlichen des Treffpunkts Ost wie folgt umzugestalten:

1. Von den bisher drei offenen Wandseiten sind zwei zu schließen und weitere Sitzbänke zu montieren.
2. Dem einzigen Müllbehälter ist eine weitere Entsorgungsmöglichkeit für Asche und Zigarettenkippen hinzuzufügen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen (FDP, CDU, dUH)

6	Umverteilung von Mitteln für den Betrieb der städtischen Jugendeinrichtungen zugunsten des SV Hilden Ost zum Betrieb des Jugendtreffs im Vereinsheim - Antrag der Fraktion FDP vom 24.11.2011 -	WP 09-14 SV 51/180
---	---	-----------------------

---

Herr Burchartz führte aus, dass er diesem Antrag nicht folgen wolle, wenn er stimmberechtigt wäre. Er halte es für falsch eine Jugendeinrichtung zu Lasten anderer Jugendeinrichtungen zu finanzieren. Er bat die FDP-Fraktion, diesen Antrag zurückzuziehen.

Frau Reuter führte hierzu aus, dass man nicht gefordert habe, den Jugendlichen etwas wegzunehmen, sondern lediglich um eine verhältnismäßigere Umverteilung gebeten habe.

Er werde diesem Antrag nicht zustimmen, erklärte Herr Bosbach. Die Verwaltung habe mit dem SV Hilden-Ost eine tragfähige Lösung gefunden. Diese beinhalte zwar nicht die gleich intensive Jugendarbeit wie sie in anderen Jugendeinrichtungen möglich sei, jedoch habe der Verein Zustimmung signalisiert.

Herr Delcuve ergänzte hierzu, dass man im Hildener Osten mit Vertretern der Fraktionen gesprochen habe. Die Vereinbarung sei für drei Jahre festgelegt worden. Die Vertreter der Fraktionen hätten zugestimmt, dass sie Ende dieses Jahres mit dem Arbeitskreis Hilden-Ost zusammen kämen und eine Evaluation durchgeführt werde.

Auch Herr Wannhof wies noch einmal darauf hin, dass mit den Beteiligten des SV Hilden-Ost eine Vereinbarung geschlossen worden wäre, gleichwohl sähe er ebenfalls die ungleiche finanzielle und personelle Ausstattung und werde sich deshalb der Abstimmung enthalten.

**Antragstext:**

Die Verwaltung der Stadt Hilden wird gebeten zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, das Budget der städtischen Jugendzentren Jugendtreff am Weidenweg, Jueck und Area51 im geringen vierstelligen Bereich (beispielsweise jeweils 1000 – 3000 Euro) zu kürzen und dieses Budget im Ausgleich dem Jugendzentrum „Treffpunkt Ost“ im Rahmen des Ausbaus der Jugendarbeit im Stadtteil des Hildener Osten zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt:

12 Nein-Stimmen (SPD, CDU, dUH, BA/CDf)

1 Ja-Stimme (FDP)

2 Stimmenthaltungen (Herr Wannhof/Frau Pütz)

7	Beratende Sitze im Jugendhilfeausschuss - Antrag des Jugendamtselternbeirates vom 17.01.2012	WP 09-14 SV 51/175
---	--	-----------------------

---

Nach kurzer Aussprache wurde folgender Beschluss gefasst.

## **Antragstext:**

Sehr geehrter Herr Gatzke, wie ich Ihnen bereits telefonisch angekündigt habe, möchte ich hiermit den Antrag auf zwei Sitze für eine beratende Funktion des Jugendamtseleiternrates Hilden im Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden stellen. Nach der Wahl gem. § 9 KiBiz zum Jugendamtseleiternbeirat der Stadt Hilden möchten wir uns als legitimierte Vertreter der Elternschaft der Hildener Kitas und kompetente Bürger auch in den politischen Prozess einbringen. Ich bitte, den Antrag an die Gremien weiter zuleiten und zur Entscheidung vorzulegen. Ich würde mich freuen, wenn sie einen positiven Beschluss treffen, den Sie mir im Anschluss bitte mitteilen.

## Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Haushaltsplanentwurf 2012 - Änderungsliste -

WP 09-14 SV  
51/167

---

Die Anträge mit den einzelnen Abstimmungsergebnissen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Wortbeiträge gab es insbesondere zu den folgenden Punkten:

Liste A – Änderungsliste Verwaltung und Fraktionen

Antrag 033 – Zuschuss für die Freizeitgemeinschaft für den Abenteuerspielplatz:

Zu diesem Tagesordnungspunkt hatte sich Frau Kittel für befangen erklärt. Nach kurzer Aussprache zog Frau Niederquell den Antrag zurück.

Antrag 034 – Ersatzbeschaffungen:

Herr Burchartz führte aus, dass hier nicht gekürzt werden solle und er diesen Antrag ablehnen würde, wenn er stimmberechtigt sei und bat an dieser Stelle ausdrücklich darum, dies in das Protokoll aufzunehmen.

Antrag 048 – Ausstattung öffentlicher Spielplätze:

Hierzu erläuterte Herr Hendrichs, dass die gewünschte Prüfung nur mit einem sehr hohen Aufwand durchgeführt werden könne und in der Vergangenheit ein Büro damit beauftragt worden sei. Die Verwaltung könne eine Prüfung mit gleichem Aufwand nicht durchführen. Entscheidend sei bei dieser Problematik auch, dass die Spielplätze sowohl im Flächennutzungsplan als auch im Bebauungsplan aufgeführt seien. In der Vergangenheit habe es regelmäßig Anpassungen des Spielplatzbedarfsplanes gegeben, diese werde es auch in Zukunft geben. Einige Standorte seien schon weggefallen. Der Vergleich des vorherigen Jahres mit diesem Jahr zeige, dass eine Reduzierung stattgefunden habe. Hinzu käme, dass man von dem Trend Holz weggehe, da die Haltbarkeit im Vergleich zu anderen Materialien zu gering sei.

Frau Lewe wies darauf hin, dass man bei Spielplätzen kein Risiko eingehen dürfe und auch eine Reduzierung der Spielflächen nicht sinnvoll sei, da es nur wenige Freiflächen gäbe, auf denen Kinder spielen könnten.

Herr Bosbach unterstrich, dass er dem Verwaltungsvorschlag zustimmen würde, einen Bericht zu erhalten, mit einer detaillierteren Auswertung der Bevölkerungsdaten, so dass man eine „Kleinform“ des Spielplatzbedarfsplanes hätte. Dem HV6-Vermerk stimme er nicht zu, da Spielplätze sicher sein müssten.

Herr Burchartz bat, die Verwaltung an dieser Stelle nicht nochmals damit zu belasten und nicht zu kürzen.

Herr Beig. Gatzke warb beim Antragsteller dafür, dieses Thema in der November-Stizung des Jugendhilfeausschusses vorzustellen und man damit verbunden, nicht den HV6-Vermerk einrichte, da ansonsten das Geld für die Umsetzung des Planes nicht zur Verfügung stünde.

Herr Vorsitzender Schneller erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Herr Dr. Lipski antwortete, dass er den Vorschlag zur Kenntnis nehme und weitergeben wolle. Er ergänzte seinen Antrag insoweit, dass 50 % der Investitionskosten freigegeben werden sollten und eine regelmäßige Überprüfung stattfinden solle.

Liste C – Änderungsliste zum Gutachten zur Haushaltskonsolidierung der Fa. BSL.

Empfehlung Nr. E28 – Anpassung der Beiträge für Kindergärten/Kindertagesstätten

Zu dieser Empfehlung führte Frau Kittel aus, dass sie sich enthalten wolle, da keine konkreten Zahlen zur Einkommensklasse vorlägen.

Empfehlung Nr. E29 – Geschwisterkindregelung in Kindergärten/Kindertagesstätten

Herr Dr. Lipski stellte folgenden Antrag (siehe auch Anlage 2): „Die CDU-Fraktion beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen (Mehreinnahmen) die Einführung des 50 % Geschwisterbeitrages ab der Einkommensstufe 75.000 € hätte. Das Ergebnis ist im nächsten Jugendhilfeausschuss vorzulegen“.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Nein-Stimme (B90/Die Grünen) mehrheitlich beschlossen.

Empfehlung Nr. E30 – Förderung von Kindern und Jugendlichen (Kinder-/Jugendarbeit)

Frau Reuter bat um getrennte Abstimmung und zwar erstens über die Verwertung des Gebäudes und zweitens über die Sozialarbeiterstelle.

Frau Gronemeyer wies darauf hin, dass dies eindeutig nichts mit der gemeinsamen Zielsetzung für Hilden zu tun habe und es hier deutlich darum gehe, Geld einzusparen. Alles was bisher investiert wurde sei überflüssig gewesen, wenn man diesem Trend folge. Sie fände es verständlich, wenn man sich bemühe Geld einzusparen, jedoch solle man dies nicht bei der Jugendarbeit und ebenfalls nicht bei der Jugendeinrichtung „Jueck“ tun. Sie sehe keinen alternativen Standort in der Innenstadt.

Herr Bosbach unterstrich, dass die Verwaltung sich Gedanken gemacht habe. Er habe in letzter Zeit häufiger versucht, dort Jugendarbeit vorzufinden und habe dort keine Jugendlichen angetroffen. Dies müsse berücksichtigt werden, wenn man darüber nachdenke, das Gebäude zu schließen. Es sei wichtig, dass die Aufgaben, die dort wahrgenommen würden, auf die Stadt verteilt weiter stattfinden würden. Seine Fraktion stimme dem Verwaltungsvorschlag zu.

Herr Burchartz betonte, dass es viel zu früh sei, über diese Angelegenheit zu urteilen und den Vorschlägen des Gutachters entgegenzukommen.

Herr Wannhof führte aus, dass er als Leiter einer Jugendeinrichtung wisse, dass Jugendliche in einer kompakt besiedelten Stadt wie Hilden mobil genug seien, ihre Treffpunkte anzusteuern, wie sie ihnen beliebten.

Frau Kittel erkundigte sich, ob es richtig sei, dass keine Jugendarbeit stattfinde, da der Sozialarbeiter schwer erkrankt sei?

Frau Gronemeyer lenkte noch einmal den Blick auf das Gebäude und betonte, dass es für Hilden sehr prägnant sei und starke Symbolkraft habe. Zudem sei eindeutig erkennbar, wer dieses Gebäude nutze. Sie zeigte auf, dass es möglich sei, ein besseres Ergebnis durch angepasste Konzepte zu erzielen. Hier sei es wichtig, die Bedarfe der Jugendlichen zu kennen und diese zu berücksichtigen, das Problem solle aber nicht über den Abriss des Gebäudes gelöst werden.

Herr Dr. Lipski teilte mit, dass er dem Verwaltungsvorschlag folgen wolle und stellte für die CDU-Fraktion folgenden Antrag: „Die CDU Fraktion beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob die Besucher, die bisher die Offene Tür im Jueck besucht haben, durch die krankheitsbedingte Schließung der „offenen Tür“, die Angebote in den anderen Jugendzentren wahrnehmen, oder ob sie sich anderweitig orientiert hätten. Daneben bat für die CDU-Fraktion zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses nochmals zu den vorhanden Jugendzentren den Personalschlüssel im Verhältnis zu den Besucherzahlen anzugeben“ (Anlage 3).

Das Gebäude läge den Jugendparlamentariern sehr am Herzen, betonte Frau Ahdour. Es könne gut sein, dass durch den Ganzttag eine Veränderung des Bedarfs stattgefunden habe. Dennoch bat sie im Namen des Jugendparlamentes darum, sich umzuorientieren, anstatt das Gebäude aufzugeben.

Frau Aubel führte aus, dass derzeit im Schnitt 15 Besucher/innen das Jueck wöchentlich aufsuchen. Aufgrund der Personalsituation könnten nicht 16 Wochenstunden abgedeckt werden. Man habe nicht die gesamte Stelle ausgleichen können, da die aufsuchende Arbeit intensiviert werden musste. Des Weiteren würden Angebote regelmäßig an den Bedarf angepasst.

Zu der Frage, ob Besucher/innen aufgrund der krankheitsbedingten Schließung der offenen Tür auf andere Jugendzentren ausweichen, erläuterte sie, dass dies schwierig sei, da nicht protokolliert werde, wer die jeweilige Einrichtung nutze. Gute Alternativen gäbe es im Jugendclub Mühle und im Jugendtreff St. Konrad sowie an fünf Tagen in der Woche eine offene Tür im Area 51. Sie sagte zu, im nächsten Jugendhilfeausschuss den gewünschten Personalschlüssel vorzulegen.

Herr Klausgrete wies darauf hin, dass falls das Jueck nicht geschlossen werden würde, 325.000 € für Sanierungsarbeiten eingeplant werden müssten, die dringend erforderlich seien.

Herr Beig. Gatzke erklärte noch einmal, dass der Gutachtervorschlag vorsähe, im Bereich der Jugendförderung 700.000,- € einzusparen. Das hätte deutliche Auswirkungen gehabt auch auf die Angebote der freiwilligen Träger. Er hätte sich gewünscht, dass sich die Fraktionen bereits früher deutlich gegen die Einsparungsvorschläge positioniert hätten. Nur aus dem o. g. Grund habe die Verwaltung einen eigenen Vorschlag unterbreitet, der dazu führe, dass die Jugendarbeit erhalten bliebe und kein Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz verliere. Aus dieser Situation heraus habe man diesen Vorschlag vorgestellt. Natürlich würde man sich doch nicht dagegen wehren, wenn das Gebäude erhalten bleiben könnte, dann jedoch müsse man auch konsequent sein und sanieren. Beim jetzigen Vorschlag blieben alle Leistungen erhalten bis auf die „Offene Tür“. Es solle nur das Gebäude aufgegeben werden.

Herr Burchartz führte aus, dass er für den Verwaltungsvorschlag stimme, da Geld eingespart werden müsse.

Antrag E31 – Bereitstellung von Hilfen inner- und außerhalb von Familien

Herr Delcuve führte aus, dass er es für gewagt halte, hier Kürzungen vorzunehmen, da die Intensität der Hilfe nicht weniger werde. Frau Gronemeyer begrüßte es, das Controlling und die Steuerung zu verstärken. Herr Dr. Lipski signalisierte ebenfalls Zustimmung.

Herr Beig. Gatzke wies darauf hin, dass die weitere Einkommensstufe in der Beitragstabelle in einer Satzung zu verankern sei. Der letzte Satz des Beschlussvorschlages „die Kostentabelle bleibt unverändert“, müsse daher korrigiert werden und durch den Satz „Bestandteil der Satzung ist die veränderte, um eine weitere Einkommensstufe erweiterte Kostenbeitragstabelle“.

Diese Satzung solle zu Beginn des neuen Kindergartenjahres eingeführt werden. Das gleiche gelte für die Beitragstabelle zur Tagespflege.

Herr Delcuve führte aus, dass er die Tabelle als ungerecht empfinde, das Verhältnis der Gebühren im Vergleich zu den Einnahmen sei nicht ausgeglichen. Als Beispiel verglich er die Einkommensstufen 2 und 3.

Herr Gatzke betonte, dass die Stadt Hilden bei Einführung dieser Tabelle zu den Kommunen mit den niedrigsten Beiträgen zähle. Dies habe sich zwar zwischenzeitlich geändert, da beispielsweise die Stadt Düsseldorf keine Ü 3 Beiträge erhebe, dennoch bestehe eine hohe Akzeptanz bei den Eltern für diese Tabelle. Aus diesem Grunde würde er ungern vorschlagen, generell die Stufen zu verändern.

Herr Vorsitzender Schneller wies an dieser Stelle darauf hin, dass es eine Entscheidung des Rates gewesen sei, die Stufe 1 beitragsfrei zu stellen.

Im Anschluss an die Wortbeiträge wurden die Entwürfe zu den Satzungen an die Mitglieder des Ausschusses verteilt (Anlage 4).

Sodann stimmte der Jugendhilfeausschuss wie folgt über den Beschlussvorschlag ab:

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss den 1. Nachtrag zur „Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Kostenbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder im Stadtgebiet Hilden“ ab dem 01.08.2012 in der als Anlage beigefügten Fassung. Bestandteil der Satzung ist die veränderte um eine weitere Einkommensstufe erweiterte Kostenbeitragstabelle

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen (Herr Delcuve, BA/CDf)

Wie bereits unter TOP 9 durch Herrn Beig. Gatzke ausgeführt ist auch hier im Beschlussvorschlag der letzte Satz „die Kostentabelle bleibt unverändert“, durch den Satz „Bestandteil der Satzung ist die veränderte um eine weitere Einkommensstufe erweiterte Kostenbeitragstabelle“ auszutauschen. Der Entwurf der Tabelle wurde an die Mitglieder des Ausschusses verteilt (Anlage 5) Ohne weitere Aussprache wurde sodann wie folgt abgestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss den 1. Nachtrag zur „Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tagespflege im Stadtgebiet Hilden“ ab dem 01.08.2012 in den als Anlagen beigefügten Fassungen. Bestandteil der Satzung ist die veränderte um eine weitere Einkommensstufe erweiterte Kostenbeitragstabelle.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag wie folgt mehrheitlich zu:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen (BA/CDf)

---

## 11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

---

Frau Aubel wies auf die Presseberichterstattung zum Thema Alkoholkonsum im Karneval hin. Sie erläuterte, dass man bereits eine Vielzahl von Maßnahmen habe, die sich mit diesem Thema beschäftigten. Alle, die sich mit dieser Thematik befassten, seien sensibilisiert. Für den nächsten Karneval werde es Gespräche mit dem Ordnungsamt und der Polizei darüber geben, wo man vor Ort Aktionen veranstalten könne. Die Verwaltung sei hier jedoch nicht das Allheilmittel, man müsse an die Eltern appellieren.

Weiter machte sie auf die Fachtagung am 28.03. zum Thema Kinderarmut in Hilden aufmerksam, die als Bestandteil des Projektes „Protekt“- Kinderarmutsprävention in Hilden realisiert werde. Es handele sich um eine zweitägige Fachveranstaltung mit Referenten aus eigenen Reihen und weiteren Fachreferenten. Auf der Tagung gehe es um die nächsten lokalen Schritte zur Kinderarmutsprävention.

Frau Schimang informierte darüber, dass zurzeit kein weiterer Kindergarten zu einem Familienzentrum erweitert werden könne, da sich die Voraussetzungen (Migration, soziale Brennpunkte) geändert hätten und diese derzeit nicht auf Hilden zuträfen.

---

## 12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

Zu den Kostenbeitragstabellen bat Frau Kittel darum, die Anzahl der Eltern bei den jeweiligen Einkommensstufen der Kindergartentarife aufzulisten. Die Aufstellung ist der Niederschrift beigefügt.

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Hans-Werner Schneller  
Vorsitzender

Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele  
Bürgermeister